

## **Wir kommen wieder !**

### **Wohnungskosten bei BAGIS und Amt für Soziale Dienste**

SPD und Grüne brechen Wahlversprechen

Am kommenden Donnerstag wird die Sozialdeputation den Vorschlag der Sozialsenatorin Rosenkötter abnicken, die Mietobergrenzen minimal anzuheben.

Nachdem bereits mehr als 9000 Aufforderungen zur Senkung der Mietkosten mit der Androhung der Reduzierung der Zahlungen bis Frühjahr 2007 verschickt wurden, hat die neue Landesregierung minimale – aber völlig unzureichende – Veränderungen der Mietobergrenzen in Aussicht gestellt.

Damit sind SPD und Grüne schon drei Monate nach der Wahl wortbrüchig geworden.

Die Vorschläge des Senats:

	Mietobergrenze neu	alt	Veränderung
1 Person	310	265	+ 45
2 Personen	370	355	+ 15
3 Personen	430	420	+ 10
4 Personen	490	490	+ 0
5 Personen	550	560	- 10
6 Personen	610	630	- 20
7 Personen	670	700	- 30

Darüber hinaus sollen in acht Stadtteilen, jeweils um 10 bis 20 Prozent höhere Obergrenzen gelten, da hier die Mietpreise höher als der Durchschnitt sind. Diese Obergrenzen in Schwachhausen, Findorff u.a. Stadtteilen, betreffen aber nur knapp über 20 Prozent aller LeistungsbezieherInnen.

Helfen vor Mietkürzungen und Zwangsumzügen, wird diese Regelung nicht. Fast allen bisher angeschriebenen Haushalten, mit Ausnahme in Schwachhausen und Borgfeld, ergibt die Veränderung keinen höheren Spielraum für Neuanmietungen oder den Schutz der bisherigen Mietkosten.

### **Wir fordern daher:**

#### **- Anerkennung der tatsächlichen Miet- und Heizkosten durch die BAGIS**

**Contrescarpe 72/Ex Siemens Hochhaus**

**Treffen ab 14 Uhr Bahnhofsvorplatz**

Fakt ist:

Es gibt in Bremen nicht ausreichend billigen Wohnraum, der vom Amt in seiner Höhe anerkannt wird.

Besonders perfide ist die Herangehensweise der Behörde für kinderreiche Familien. Während bei Alleinstehenden und Zweipersonenhaushalten geringe Erhöhungen geben soll, wird es bei Haushalten ab 5 Personen (in der Regel ab drei Kinder) zu realen Senkungen kommen.

Die Senatsvertreter sprechen von einer Halbierung der Fälle. Dies ist schlicht falsch. Sie beziehen sich auf eine neue Untersuchung der Firma GEWOS, die den Wohnungsmarkt und die Mieten der Menschen mit BAGIS Leistungen untersucht haben. Dabei hat sich schon in der Vergangenheit gezeigt - die GEWOS Zahlen waren falsch. Zudem gehen die vorgelegten Zahlenwerke davon aus, dass jede frei werdende Wohnung von einem

ALG II Empfänger bezogen werden kann. Dabei wird übersehen, dass negative Schufa-Auskünfte bei Schulden oder der bloße Wille privater Vermieter keine Menschen mit ALG II oder Sozialhilfebezug einziehen zu lassen, eine schwere Hürde sind, die in vielen Fällen eine Anmietung scheitern lassen.

Die Sozialbehörde muss endlich Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Zur Anhebung der Mietobergrenzen gibt es keine Alternative, es sei denn die völlige Verarmung von Zehntausenden Menschen wird billigend in Kauf genommen.

Wahlversprechen gebrochen

Noch im Wahlkampf hatten Grüne (plus 20 Prozent höhere Mieten) gefordert. In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen sollte die Anpassung an das Niveau anderer Großstädte erfolgen. Davon ist nichts geblieben.

Solidarische Hilfe e.V.

V.i.S.d.P: Herbert Thomsen / Solidarische Hilfe, Lindenstraße 1b. 28755 Bremen, Tel. 655353